

# Rechtsfreier Raum

Wie zeitgemäß ist das Wiener Abkommen  
über diplomatische Beziehungen  
für den Umgang der EU-Staaten miteinander?

Beim allabendlichen Fernsehquiz »Wer weiß denn sowas?« stellt der Grundsypath Kai Pflaume im Frühjahr 2022 seinen Kandidaten die Frage: »Wer die Räumlichkeiten der Botschaft eines Landes besucht, befindet sich rechtlich ...?«

Als Antworten stehen zur Verfügung:

- A: auf dem Staatsgebiet des Botschaftslandes
- B: auf dem Staatsgebiet des Landes, in dem die Botschaft steht
- C: in einem staatenlosen Raum

Die Kandidaten entscheiden sich für Antwort A. Sie glauben sich erinnern zu können, dass sich damals, 1989, als die DDR in Auflösung begriffen war, fluchtwillige Bürger in die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag begeben hatten und dass ihnen die Flucht gelungen sei, weil sie da »praktisch schon auf dem Boden Westdeutschlands waren«.

Die Antwort ist falsch.  
Richtig wäre B gewesen.

## Wie kam diese Fehleinschätzung der Quizkandidaten zustande?

»Tatort Wüstensohn« mit Udo Wachtveitl und Miroslav Nemeč, München 2014. Prinz Nasir al Yasaf, der fünfte Sohn des Emirs, kommt aus dem fiktiven Land Kumar. In München lässt er die Sau raus. Er kann es sich leisten. Er genießt Diplomatenstatus. Mit seinem Lamborghini rast er durch München, er feiert ausschweifende Partys, versorgt dabei sich und andere mit Kokain, ballert mit seiner Pistole rum, wann und wo es ihm gefällt, behandelt seine Angestell-

ten wie Sklaven. Und die Polizei darf angeblich nicht einschreiten. Im Verlauf der Handlung werden auch noch zwei Menschen umgebracht, aber darum geht es in diesem Fernsehfilm nur am Rande. Sein Hauptthema ist die diplomatische Immunität, die den ermittelnden Kommissaren immer wieder die Hände bindet.

Drittes Beispiel. Diesmal leider keine fiktive Geschichte. Im September 2017 wird in Washington DC ein dreizehnjähriger Schüler von einer etwa gleichaltrigen Mitschülerin niedergestochen. Er überlebt, aber die Ermittlungen gestalten sich schwierig. Die dringend Tatverdächtige ist nämlich Tochter eines Angestellten der deutschen Botschaft. Sie streitet die Tat nicht ab, behauptet aber, sie genieße diplomatische Immunität und dürfe nicht festgenommen werden. Wie weit reicht diese diplomatische Immunität? Gilt sie – außer für die Botschafterin oder den Botschafter – auch für deren Verwandte, für deren Angestellte, für die Verwandten der Angestellte? Kann sich der ganze Tross eigentlich alles erlauben?

Viertes und schlimmstes Beispiel. Mord kann, muss aber nicht untersucht werden. Jamal Ahmad Khashoggi war Journalist und Kritiker des saudi-arabischen Kronprinzen. Sein Name soll in ewiger Vergessenheit versinken. Kritik verträgt so ein Prinz nicht gut. Unvorsichtigerweise betrat der Journalist 2018 die saudi-arabische Botschaft in Istanbul. Er verließ sie nie wieder. Die Botschaft erklärte: »Ja, den haben wir umgebracht.« Man hatte ihn so lange zerstückelt, bis er nicht mehr lebte. Dreieinhalb Jahre nach dem Mord wurde der Prozess in Istanbul »vorerst ausgesetzt«. Die türkische Justiz war der Auffassung, dass saudische Behörden den Fall weiter verfolgen sollten.

Anders gelagert ist der Fall des Hochverrätlers und Geheimnis-ausplauderers Julian Assange, den amerikanische Behörden gerne zerstückeln und verteilen, rädern und durch so ein Gitter zwängen würden. Folter und Verbrechen aller Art gehören zum Kriegshandwerk, allein: Man spricht nicht drüber, wenn man nicht als Verräter verfolgt werden will. Spricht man doch darüber, ist eine Botschaft oft die letzte Zufluchtsstätte und sei es die des Staates Ecuador in London. Ecuador beendete aber sein einmal gewährtes Asyl inklusive ecuadorianischer Staatsbürgerschaft nach sieben Jahren willkürlich und übergab Assange der britischen Polizei. Der erwartbare Auslieferungsantrag der USA wurde von dort zwar abgelehnt, weil ihm dort die Todesstrafe drohe, seitdem sitzt Assange allerdings in britischer Haft.

Ist diese Diebstahl und Folter und Mord und Todschatlag erlaubende Immunität überhaupt gesetzlich geregelt oder sind es eher »völkergewohnheitsrechtliche Gepflogenheiten«, auf die sich da berufen wird? Die nämlich sind – reichlich vage – nachzulesen im »Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (WÜD)« vom 18. April 1961, veröffentlicht in Deutschland im Bundesgesetzblatt 1964 Teil II, S. 957. Es folgen, damit's auch jedem vor die Nase gehalten werden kann, 74 Seiten desselben knappen Texts in anderen Sprachen. In Deutschland wird dieses »Wiener Übereinkommen« kraft nationalen Rechts (§ 18 Satz 2 und § 19 Abs. 1 Satz 2 GVG) angewendet. Und tatsächlich wird die Definition dessen, welche Personen dem »Diplomatischen Corps« zuzurechnen sind, dem Land überlassen, das die Botschaft betreibt. Österreich legt die Definition dessen, was Diplomaten sind und deshalb im Empfängerland gefälligst in Ruhe gelassen werden sollen, sehr großzügig aus. Diplomatenpässe erhalten neben den Botschaftern und deren Angehörige und deren Angestellte und die Angehörigen der Angestellten etwa die »an Berufsvertretungsbehörden tätigen Personen«. Dazu gehört etwa das Büro des Militärattachés (und dessen Angehörige und dessen Angestellte und die Angehörigen der Angestellten), die ins Gastland entsendeten Leiter und Stellvertreter und Mitarbeiter der Wirtschaftskammer Österreich (und deren Angehörige) inklusive der Leiter und Stellvertreter und Mitarbeiter der Brüsseler EU-Representation, ehemals EU-Büro der WKÖ. Die Bezeichnung als »EU-Representation« bietet eine ideale Verwechslungsmöglichkeit mit der »Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union« im selben Haus. Nicht identisch mit der »EU-Representation der WKÖ sind die Außenwirtschaftscenter der Wirtschaftskammer Österreich, deren Leiter und Mitarbeiter und deren Angehörige ebenfalls Diplomatenstatus genießen sowie die Leiter und Mitarbeiter der Koordinationsbüros der »Austrian Development Agency (und deren Angehörige). Aufgabe dieser Austrian Development Agency (Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit) ist offiziell die Förderung der Entwicklung wenig entwickelter Staaten, wozu inoffiziell die Schaffung von Absatzmärkten und noch weniger offiziell der Verkauf von Waffen zählt. Stichwörter: Friedensförderung und Konfliktprävention.

Jedes Land unterhält weltweit ähnliche Institutionen mit zahlreichen Mitarbeitern. Alle diese Personen zahlen im Land, in dem sie sich aufhalten, keine Steuern, sind aber oft erstaunt darüber, dass dort so eine schlechte Infrastruktur besteht. Die nutzen sie nämlich

soweit wie möglich. Das Betreten bzw. Nichtbetreten des Botschaftsgeländes regelt Art. 22, 1 des Wiener Übereinkommens: »Die Räumlichkeiten der Mission sind unverletzlich. Vertreter des Empfangsstaats dürfen sie nur mit Zustimmung des Missionschefs betreten. [...] Die Räumlichkeiten der Mission, ihre Einrichtung und die sonstigen darin befindlichen Gegenstände sowie die Beförderungsmittel der Mission genießen Immunität von jeder Durchsuchung, Beschlagnahme, Pfändung oder Vollstreckung.« Schutz vor Durchsuchung, Beschlagnahme, Pfändung und Vollstreckung kann dann sinnvoll sein, wenn den Diplomaten und deren Mitarbeitern Waffen-, Menschen- und Drogenhandel vorgeworfen wird. Sie sind aber auch dann willkommen, wenn unter diesem Schutz Waffen-, Menschen- und Drogenhandel *betrieben* wird. Das dürfte aber nur in den wenigsten Botschaften zum Tagesgeschäft zählen.

In Botschaften und botschaftsnahen Büros arbeiten Entsandte und Menschen, die aus dem jeweiligen Land rekrutiert werden, das so genannte »Sur-Place-Personal«. Das lokale Arbeitsrecht für an Ort und Stelle Beschäftigte wird nach Gusto der Leiterin der Vertretung unterlaufen. Nationalen Behörden, wie etwa der Berufsgenossenschaft oder anderen Behörden, die Arbeitssicherheit sicherstellen sollen, wird der Zutritt zum Haus verwehrt. Arbeit in fensterlosen Räumen? Geht keinen was an. Uralt-Bildschirme, die flimmern? Gehen doch noch. Stühle mit Wackelrollen? Da ist man eben etwas vorsichtiger. Augenuntersuchungen bei Bildschirmarbeit? Kann jeder privat machen. Mahnungen und Strafandrohungen werden souverän ignoriert.

Nehmen wir den Fall einer Brüsseler Botschaft, irgendeiner Botschaft.\* Es geht dabei um einen Chauffeur, der auch als Drogenkurier arbeitet. Sein Dienstwagen hat ein CD-Kennzeichen und darf deswegen nicht durchsucht werden. Von niemandem. Der Knabe, um den es hier geht, heißt Adrian. Um Verleumdungsklagen aus dem Weg zu gehen, hat mir der Verlag empfohlen, ihn umzubenennen. Deswegen berichte ich ab sofort von »Arman«. Armenische Männer heißen Armen, Arman oder Hayk. Armen bedeutet »der Armenier«. Arman bedeutet auch »der Armenier«. Hayk bedeutet erstaunlicherweise auch »der Armenier«, aber Arman ist kein Armenier. Arman holt die Gäste der Vertretung vom Flughafen ab und fährt sie da wieder hin. Manche, besonders die aus Südeuropa, bekommen sogar Polizeibegleitung mit 11 Motorrädern und allem Pipapo. Arman findet

das übertrieben. Er muss dann immer besonders aufpassen, »sonst überfahre ich da noch mal einen von den Motorradbegleitbullen«. Seine Dienst-Limousine ist schon zehn Jahre alt ist. Damals war ihm das Vorgängermodell dieses Autos, gerade einmal zwei Monate alt, direkt vor der Nase weggeklaut worden, als er den Botschafter im Regen zur Haustür gebracht hatte. »Da muss irgendjemand diesen Dieben einen Tipp gegeben haben.« Arman grinst. Mit diesem Dienstfahrzeug kann er überall parken, auch im Parkverbot. Er kann damit auch zu schnell fahren, selbst in der Innenstadt, wo er bloß dreißig Stundenkilometer fahren dürfte. Das Corps Diplomatique ist weitgehend unantastbar. Außer den eigentlichen Diplomaten – etwa zweihundert Personen – haben auch viele Mitarbeiter von Botschaften und Vertretungen ein CD-Kennzeichen an ihrem Auto. Arman schätzt, dass es etwa zweitausend Fahrzeuge sind. Um sein Auto zu durchsuchen, müssten ihm die Beamten einen richterlichen Beschluss zeigen, und so was hat Arman in seiner gesamten Laufbahn noch nie gezeigt bekommen. »Die Bullen könnten mir so einen Wisch schon deshalb nicht zeigen, weil die mit ihren Wägelchen meinem Dreiliter-Geschoss einfach nicht folgen können. Mit 286 PS und 600 Nm Drehmoment bin ich in 6,3 Sekunden von 0 auf 100. Und bei 245 km/h Spitze sehen die bloß meine Rücklichter.« Ich kann Arman folgen. Deshalb sage ich ihm: »Ich kann dir folgen.« Er staunt. Ich dagegen staune über Armans technisches Verständnis und auch über seine Vorstellung von Rechtsstaatlichkeit. Dass sein Schwager mit Drogen handelt, weiß in seiner Dienststelle keiner, und wenn ihm das jemand zum Vorwurf machen würde, könnte er immer noch die Sippenhaft-Keule aus der Tasche ziehen. »Da bin ich dann ganz schnell aus dem Schneider, aber ganz schnell!« Dass er mit diesem Schwager einen lukrativen Nebenerwerb vereinbart hat, weiß schon gar keiner. Ich löchere Arman: »Ihr zahlt angeblich auch keine Knöllchen für zu schnelles Fahren, fürs Parken im Halteverbot, überhaupt Parkgebühren.« Die Schwatzbacke Arman antwortet mir ausführlich: »Nö.«

»Schatzi«, flötet meine Frau, »das ist ja alles noch viel schlimmer, als du es hier aufschreibst. Ich hab soeben mit der ehemaligen Sekretärin des Botschafters telefoniert. Die hat sich köstlich über deine Geschichte amüsiert und mir gesagt, dass der Wagen des Botschafters gleich zweimal geklaut wurde. Das erste Mal, als der Arman den Botschafter nach Hause gefahren hat, und weil es geregnet hat, hat er den Botschafter mit dem Regenschirm bis zum Haus begleitet. Dabei

hat er den Motor laufen lassen, und als er zurückkam, war der Wagen weg.« »Genau das habe ich doch geschrieben.« »Ja. Pass auf. Jetzt kommt's! Dann wurde ein neuer Wagen angeschafft. Das musste natürlich ein noch stärkerer und schnellerer sein. Darauf bestehen die Chauffeure immer. Diesen neuen Wagen hat der Arman dann vor der Garage abgestellt und den Autoschlüssel zufälligerweise im Erdgeschoss seines Hauses auf ein Tischchen gelegt, und zufälligerweise hat er dabei vergessen, die Haustüre zuzumachen, und da wurde ihm der Wagen vor seiner eigenen Haustür weggeklaut.« »Nein!« »Doch!« »Und dann?« »Dann war der Botschafter echt sauer und hat gesagt, in spätestens vierzehn Tagen sei der Wagen wieder da, sonst werde ein billigerer gekauft.« »Und?« »Nach vierzehn Tagen war der geklaute Wagen wieder da. Er war bloß, na ja, er war etwas beschädigt. In Luxemburg war ein Juweliergeschäft ausgeraubt worden. Die luxemburgische Polizei hatte daraufhin alle Parkplätze genau untersucht und genau diesen Dienstwagen auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums direkt hinter der belgischen Grenze entdeckt. Die hatten den Wagen nämlich verfolgt und, weil sie nicht hinterherkamen, auch geschossen. Einer der Diebe konnte fliehen, der andere wurde bei der Aktion erschossen.« »Du erzählst mir hier Räuberpistolen!« »Genau! Danach wurde das Fahrzeug dem Botschafter zurückgegeben. Es waren mehrere Einschüsse in der Karosserie. Man hat das dann repariert, aber die Chauffeure haben sich geweigert, einen Wagen zu fahren, in dem einer erschossen worden ist. Also wurde wieder ein neues Auto gekauft. Im Nachhinein hat man festgestellt, dass der Wagen bis zu der Schießerei für mehrere Straftaten benutzt worden war, Tankstellenüberfälle, Zigarettenschmuggel, Drogentransporte, solche Sachen.« »Die ganze Zeit mit CD-Kennzeichen?« »Die ganze Zeit! Meine Gewährsfrau hat mir dann noch von einem Minister erzählt, dem wurden in zehn Jahren gleich drei Diplomatenwagen geklaut. Sie vermutet dahinter mafiöse Strukturen unter den Chauffeuren.« »Mich würd's nicht wundern.« »Die Chauffeure betreiben auch einen lukrativen Handel mit steuerfreier Ware. Sie setzen jeden neuen Mitarbeiter der Botschaft, der Nichtraucher ist, unter Druck, dass er ihnen das ganze Zigarettentkontingent überschreibt. Da hat der Arman mal zigtausend Zigarettent über den steuerfreien Diplomateneinkauf bestellt.« Ich frage nach: »Steuerfrei?« »Ja doch. Diplomaten kaufen Schnaps, Champagner, Wein, Zigarettent, Parfüm und solche Sachen steuerfrei.« »Aha! Warum?« »Das ist eben so.« »Aber die Steuer ist doch das Teuerste an diesen Sachen.« »Eben. Die kriegen das prak-

tisch umsonst. Und Autos und Fahrräder und Elektronikschnick-schnack kriegen die auch steuerfrei.« »Warum?« »Das ist eben so. Und von diesem Privileg wollen die, die im Umfeld der Diplomaten arbeiten, natürlich auch profitieren.« »Würde ich auch wollen. Deshalb gibt's wohl auch niemanden, der diesen privilegierten Status jemals in Frage stellen würde, oder?« »Das wagt keiner. Die politische Karriere wäre sofort beendet. Falls jemand, sagen wir mal durch einen Wechsel seiner Stellung, seinen Diplomatenpass verliert, empfinden diese Leute das wie eine Degradierung. Der ehemalige Chef der österreichischen Staatsholding und Kanzlervertrauter Thomas Schmid muss seit Mai 2021 bei seiner neuen Stelle mit einem Jahresgehalt zwischen 400.000 und 600.000 Euro auskommen. Was ihn aber am meisten schockiert, ist der mit dem Stellenwechsel verbundene Verlust seines Diplomatenpasses: ›Oh Gott, reisen wie der Pöbel.« »Das hat der gesagt?« »Das hat der sogar geschrieben. Zwar in einem Chat, aber öffentlich.« »Aber die Karrieren von Drogenkurieren und Steuertricksern sind wahrscheinlich nicht gefährdet, oder?« »Als man jetzt den Arman darauf angesprochen hat, was er mit den ganzen Zigaretten macht, hat er behauptet, die würde er alle selbst rauchen. Das waren so ungefähr sechstausend am Tag.« Arman und seine Kollegen kommen im Dunstkreis von Botschaften prima zu recht.

Über den Schutz vor der Justiz des Staates, in den Diplomaten entsendet sind hinaus, genießen sie also auch weitgehende Privilegien im Hinblick auf Steuern. Und zwar nicht nur die Diplomaten und deren Familien, sondern der gesamte Tross! Wie gerechtfertigt sind, insbesondere innerhalb der EU, diese Privilegien? Für die Tankfüllungen der Dienstwagen von Diplomaten fallen schon mal überhaupt keine Steuern an. In sein oder ihr Privatauto darf sie pro Jahr 5000 Liter Treibstoff steuerfrei einfüllen, ins Zweitauto 3000 Liter. Benzin kostet Diplomaten deshalb statt – beispielsweise – 1,61 Euro nur 0,93 Euro. Manchmal tankt das ganze Personal auf die Quota der Botschafterin.

Von den Privilegien der Botschafter profitieren alle, die im Umfeld der Diplomaten arbeiten. Deshalb gibt es auch niemanden, der diesen privilegierten Status jemals in Frage stellen würde. Die Karrieren von Drogenkurieren und Steuertricksern sind deshalb kaum gefährdet. Allerdings: Ist dieses Verfahren innerhalb Europas überhaupt zeitgemäß? Es wird dagegen bloß deshalb kein Einspruch erhoben,

weil die Profiteure ihre Privilegien nicht an die große Glocke hängen und weil diejenigen, die dafür bezahlen, darüber nicht Bescheid wissen. Wüssten sie es – etwa durch eine parlamentarische Anfrage – könnte eine Reform des Diplomatenstatus innerhalb der EU eingeleitet werden.

## Conclusio

Anlass der Immunität ist der Schutz der Diplomaten vor der Justiz des Staates, in den sie entsendet sind und zwar der Schutz vor *ungerechtfertigten* Anklagen. Damit nämlich könnte auf Diplomaten Druck ausgeübt werden, mit dem nicht er oder sie, sondern der Entsendestaat für unliebsame Entscheidungen bestraft werden soll. Das Wiener Abkommen wurde geschlossen »in der Erkenntnis, dass diese Vorrechte und Immunitäten nicht dem Zweck dienen, Einzelne zu bevorzugen, sondern zum Ziel haben, den diplomatischen Missionen als Vertretungen von Staaten die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu gewährleisten«. Der Schutz scheint in einigen Staaten durchaus sinnvoll zu sein. Ist dieser Schutz aber auch in EU-Staaten notwendig? Rüpelhaftes Verhalten, wie in einigen Fällen zu beobachten, fördert nicht die Reputation einer diplomatischen Vertretung. Man kann es sogar so sehen, dass Diplomaten sich normalerweise vorbildlich gesetzestreu verhalten, ohne durch die Androhung von Sanktionen dazu motiviert zu werden. Ein drohender Verlust ihres Diplomatenstatus, die Abberufung und damit der Verlust sämtlicher Privilegien reicht zur Abschreckung vor einem leichtfertigen ungesetzlichen Verhalten. Meistens.

Die eingangs zitierte Quizfrage, auf welchem Staatsgebiet sich eine Botschaft befindet, war also absichtlich irreführend. Beim Diplomatenstatus geht es um die Immunität von Personen, nicht um die von Territorien. Sowa weiß kaum jemand, außer die Leser von myops.

LUDGER FISCHER

## Anmerkungen

- \* Der Inhalt dieses Abschnitts wurde dem Buch »Spott auf Brüssel. Ein lustiges Polittheater« von Ludger Fischer entnommen und überarbeitet.